



# Der Steinarbeiter

## Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1,20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Seitzer Straße 12, IV., Volkshaus  
Telephon: 288

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einseitige  
Pfeitzelle oder deren Raum berechnet. — Inkrate werden nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 11.

Sonnabend, den 16. März 1918.

22. Jahrgang.

### Gewerkschaftseinigkeit.

Seit jeher ist von allen denkenden Arbeitern die Einigkeit als die Voraussetzung jeder fruchtbaren Gewerkschaftstätigkeit anerkannt worden. Sie ist es, die unsere Gewerkschaften stark gemacht hat und zu Erfolg geführt hat. Oft genug wurde es bitter als in hohem Grade fühlend empfunden, wenn an Lohnbewegungen verschiedene Gewerkschaftsrichtungen beteiligt waren. Manche Gewerkschaften, wie z. B. die Bergarbeiter und Textilarbeiter, sind schon angesichts der durchlöchernten Kampffront, die sich allem bei manchen großen Kämpfen dadurch ergab, daß die Angehörigen einer anderen Gewerkschaftsrichtung den vorwärtsgehenden freien Gewerkschaften das Vordringen bestimmten, ernstlichen Widerstand entgegenzusetzen. Ein Glück für die Gewerkschaften, daß in den meisten Gewerkschaften die Richtung der freien Gewerkschaften dominiert und ausschlaggebend ist, sonst könnte sie weitern nicht auf so große Erfolge zurückblicken, wie es ihr bis jetzt vergönnt ist.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat sich bisher mit der Idee ihrer mangelhaften Einheitsfront recht und schlecht abgefunden. Durch intensive Agitation und nicht zuletzt durch die guten Erfolge, die ja stets als bestes Werbemittel einzuschätzen ist, es den freien Gewerkschaften im allgemeinen gelungen, den Anschluß anderer Gewerkschaftsgruppen herbeizuführen. Sehr zum Vorteil der Gesamtarbeiterkraft! Dadurch, daß sich die freien Gewerkschaften kraft ihrer zahlenmäßigen Stärke ihre bei Lohnbewegungen und Streiks dominierenden Stellungen errungen haben, ist gelungen, das allgemeine Existenzniveau der Arbeiterschaft in erheblicher Weise zu heben.

Zweifellos aber wurde und wird es heute noch in der deutschen Gewerkschaftsbewegung als fühlbare Störung empfunden, daß der Gesamtbewegung die absolute Einheit und Einigkeit fehlt. Zu Nutzen und Frommen des einheitlich organisierten Unternehmertums laßt sich die Arbeiter immer noch den vollkommen überflüssigen Zugewinn verschiedener Organisationen. Die Ursachen dieses unbefriedigenden Standes sollen im Rahmen dieser Abhandlung nicht dargelegt werden, wir begnügen uns mit der bloßen Feststellung.

Jeder Erfolg der Gewerkschaft ist von vornherein bereitet, wenn Einigkeit vorhanden ist und dadurch die einheitliche Schlagkraft genutzt wird. Und aus jeder Gewerkschaft wird ein Ohnmachtswort, wenn es nach einer Abstimmung der Minorität freibleibe, den Willen der Majorität nicht zu beachten und die in der Unbereitschaft verbliebene Ansicht dennoch durchzuführen. Es wäre am Ende jeder erfolgreichen Gewerkschaftstätigkeit, der Rest wäre dann dem wirtschaftlichen Ohnmacht und Zerfall überlassen.

Deshalb ist es im höchsten Grade zu beklagen und es kann gar nicht streng genug beteuert werden, wenn heute in manchen Orten die politische Meinungsverschiedenheit, die durch die verschiedene Haltung der Arbeitervertreter im deutschen Reichstag und in den verschiedenen Gewerkschaften im allgemeinen und in der Durchführung der sozialdemokratischen Partei geführt hat, auch in die Gewerkschaften zu tragen. Die Gewerkschaften als solche sind mit dieser Ansicht überheblich nicht belastet worden, es gehört nicht in den Rahmen der Gewerkschaftsbewegung, wenn man darin politische Meinungsverschiedenheiten ausfinden will. Jeder muß es jedem Gewerkschaftler freistehen, sich ganz nach seinem Gewissen der ihm genehmsten politischen Richtung anzuschließen. Dieser Standpunkt hat der Altmeister der Sozialdemokratie, August Bebel, jederzeit vertreten. Er sagte sehr richtig, daß die Partei nicht in die Gewerkschaft gehört, daß die Gewerkschaften unbeschadet des politischen oder religiösen Glaubensbekenntnisses des einzelnen dem offen stehen muß, da die Gewerkschaftsaufgaben auf anderen Gebieten liegen und jede erzieherische und praktische Gewerkschaftsarbeit Einheit und Einigkeit der Arbeitermassen auf wirtschaftlichem Gebiete zur Voraussetzung haben muß. Da mehr oder weniger jeder Gewerkschaftler sich auch mit Politik befaßt, er bald erlernen lernen, welche politische Partei seine allgemeinen Interessen am wirksamsten vertritt und daraus früher oder später die folgerichtigen Schlüsse ziehen. Dies könne man ruhig der Entwicklung überlassen.

Der Standpunkt Bebel's war richtig und galt und gilt heute noch für die Gewerkschaftstätigkeit. Um so mehr ist es zu betonen, daß heute, nachdem die politische Arbeiterbewegung ihre frühere Einheitlichkeit eingebüßt hat, diese Zerissenheit auch in die Gewerkschaften zu tragen. Von politisch extremen Positionen wird sogar versucht, die Anhänger der alten sozialdemokratischen Partei minderen Nachsicht zu erklären und von bestimmten gewerkschaftlichen Funktionen auszuschließen. Ein solches Streben ist geradezu verwerflich. Denn die Folge wäre die Zerissenheit der Gewerkschaftlichen Einheitsfront und damit die Lahmlegung der erfolgreichen Gewerkschaftstätigkeit. Was das für die Arbeiter bedeutet angesichts der großen und schweren gewerkschaftlichen Aufgaben, kann jeder Denkende leicht ermessen. Vor allem dem Gebiete der Lohnpolitik wären die Gewerkschaften dann machtlos. Und wenn man heute schon das Geschrei einflussreicher Unternehmerrunde über „hohe Arbeiterlöhne“ hört und jeder sich zu muß, daß es gelten wird, zukünftig schwere Lohnkämpfe durchzuführen, zu deren Gelingen in erster Linie Gewerkschaftseinigkeit ist, dann kommt man zu dem Schluss, daß diese Notwendigkeit der Gewerkschaftseinigkeit ein freies Spiel mit der wirtschaftlichen Zukunft der Arbeiterschaft genannt werden muß.

Wir waren ganz eindringlich vor solcher sinnlosen und selbstverleumdenden Zerstückelungstätigkeit. Alle denkenden Arbeiter wissen die unbedingte Pflicht, ihr Wort, wo sie sich herabwagt, ganz abzugeben und entgegenzutreten und für die unbedingte Gewerkschaftseinigkeit zu wirken. Sie treten damit nur für die Befreiung der wirtschaftlichen Zukunft der Arbeiterklasse ein. Das aber ist es, was jeden zufriedigen Gewerkschaftler unbedingte Pflicht. Wer die Zerstückelung der Gewerkschaftstätigkeit eintritt, ist ein Verräter seiner selbst und der eigenen Klasse. Das möge jeder bedenken und danach handeln. Schon die politische Zerissenheit bedeutet eine starke Schwächung des politischen Einflusses der Arbeiterschaft. Auf die Gewerkschaften übertragen würde diese Zerissenheit verheerend katastrophal wirken und die wirtschaftliche Ohnmacht der Arbeiterklasse und den Triumph des Unternehmertums zur Folge haben!

### Kriegsdenkschrift

#### des Verbandes der Steinseher, Pflasterer und Berufsangehörigen Deutschlands.

Der Steinseherverband hat unter der rührigen Leitung des Genossen Knoll, eine kurz gefasste Kriegsdenkschrift herausgegeben, welche sich mit den Arbeiten, die folgende in Anspruch genommen werden sollen, befaßt. Es werden folgende Forderungen aufgestellt:

- Für die Zeit der Übergangswirtschaft nach dem Kriege:
  - Verdeutlichung und Beschaffung der benötigten bzw. vorhandenen Arbeitskräfte;
  - Verteilung der vorhandenen Rohstoffe (Pflastersteine und sonstige Materialien);
- Für die spätere Zeit:
  - Beschaffung von Arbeitsgelegenheit bzw. Erschließung neuer Arbeitsgebiete:
    - durch umfassende Werbetätigkeit — in Verbindung mit den Organisationen der Steinindustrie — für das Kleinpflaster, durch Wort und Bild (Schulbildvorträge);
    - Angliederung neuer Arbeitsgebiete (Kunsthewerliche Maschinen, Terrazzo-Mosaik u. a.);
  - Möglichste Erhaltung des vorhandenen Arbeitsgebietes:
    - Durch Schaffung von Einrichtungen zur Förderung von Qualitätsarbeit;
    - Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz;
    - Stellungnahme zu den Handelsvertrags- und Zollfragen, insbesondere des Zolles auf Pflastersteine;
- Reform der Lehrlingsfrage, insbesondere Behebung der Lehrlingsnot in den großstädtischen Betrieben:
  - durch Berufsberatung im Hinblick auf körperliche, geistige und sittliche Eignung, vor Eintritt in das Lehrverhältnis;
  - Ausbau des Fachschulwesens, Obligatorium des Fachschulbesuches;
  - Schaffung von Wohlfahrts-Einrichtungen für die Lehrlinge: Lehrlingswohlfahrts-Kommissionen, Versicherung, Lehrlingsheimen u. a.;
  - tarifliche Regelung der Lehrlings-Lohnfrage;
- Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen, insbesondere auch in Hinblick auf die Unterbringung der Kriegsbeschädigten.
- Allgemeine soziale Fragen.
- Gemeinsoziales Vorgehen bei den Auftraggebern:
  - zur Bereitstellung von ständiger Winterarbeit u. a.;
  - bei Preis- und Lohnfragen u. a.

Genau liegt es auch im Interesse der deutschen Steinindustrie, wenn eine umfassende Tätigkeit für die weitere Entwicklung des Kleinpflasters unternommen wird. Ansehend hat auch in Deutschland das Kleinpflaster eine große Zukunft. Was die Frage der zollfreien Einfuhr der Pflastersteine anbetrifft, so ist für uns Steinarbeiter die Frage so zu beantworten, daß leider die norddeutschen Stadtverwaltungen, über die Wünsche der deutschen Steinarbeiter vielfach zur Tagesordnung übergingen. Ein solches Verhalten kann den Steinarbeitern in Zukunft nicht mehr gleichgültig sein. Wir haben darauf vertraut, daß die Stadtverwaltungen Norddeutschlands aus nationalen volkswirtschaftlichen Gründen auf die schwierige Lage der deutschen Steinindustrie zum mindesten teilweise Rücksicht nehmen würden, das habe sie aber nicht getan. Infolgedessen müssen unsere Kollegen erneut prüfen, welchen Standpunkt sie einzunehmen gedenken, damit eine weitere wirtschaftliche Schädigung gegenüber den Paritätischen, durch die genannten Stadtverwaltungen vermieden wird.

Aus der Begründung der Denkschrift geht weiter hervor, daß die Steinseher ein großes Interesse daran haben, die Schmutzkonkurrenz beseitigen zu helfen. Als wir zum Beispiel im Steinseherverband anregten, daß auch unser Verband für die Steinindustrie das gleiche tun würde, winkte „Junior“ im Steinbildhauer ab, ohne dazu eine Begründung zu geben. Die Steinseher vertreiben ferner darauf, daß sie in erster Linie an der Herstellung von Qualitätsarbeiten sehr interessiert sind, denn nur dadurch kann das Natursteinpflaster sich weitere Freunde erwerben. Daß sich die Gewerkschaften auch für die theoretische Ausbildung der jungen Arbeitskräfte interessieren, ist besonders lobenswert. Die Denkschrift zeigt, daß die Steinseher an der Hebung ihres Berufes sehr stark mitarbeiten. Diese Tatsache wird auf die Unternehmer und Behörden gewiß einen großen Eindruck machen.

### Leuerungszulagen in der Steinindustrie.

Magdeburg. Die immer weiter steigende Leuerung, die besonders für die großstädtischen Arbeiter fast unerträglich ist, veranlaßte auch die hiesigen Kollegen, an ihre Unternehmer mit neuen Forderungen heranzutreten. Nach mehrmaliger Verhandlung wurde der Stundenlohn von 95 Pf. auf 1,20 M. ab 1. Februar und ab 1. März auf 1,30 M. erhöht und der Tarif um ein weiteres Jahr verlängert. Das wurde von den Kollegen angenommen.

Rostock. Bei nochmaliger Verhandlung wurden für Steinseher durchschnittlich 6,20 M. pro Woche mehr als bisher gewährt. Für Schleifer 5,74 M. Die Zulagen setzen sich aus drei Positionen zusammen, und zwar 15 Pf. Stundenlohnsteigerung bei Steinseher, 10 Prozent auf Akkordarbeit bei Schleifern und Steinseher, und einer weiteren Leuerungszulage von 3 resp. 4 M. pro Woche. Die Hilfsarbeiter erhalten 52 Pf. Stundenlohn und 6 M. Leuerungszulage pro Woche.

Bühlertal (Schwarzwald). Die Granitwerke Niederle zahlen eine Zulage von 25 Proz. Der Stundenlohn wurde von 65 auf 80 Pf. erhöht. Neue Verhandlungen werden nötig sein, um diese niedrigen Zuschläge zu erhöhen.

Laubenheim (Spre). Die Granitsteinfabrik Schleier hat die Zulage von 20 auf 30 Prozent erhöht. Die Kollegen in den übrigen Schleifereien der Oberlausitz sind empört, daß die Unternehmer die 20prozentige Zulage noch nicht erhöht haben.

Schwarzenbach. Für die Arbeiter in der Fichtelgebirgs-Steinindustrie wird der Zuschlag ab 1. April 1918 auf 33 1/2 Prozent erhöht, ab 1. August 1918 steigt derselbe auf 40 Prozent. Für die Schleifereibranche finden die Verhandlungen am 17. März statt.

### Feldgraue Zukunftsorgen.

Wie wird es möglich sein, schreibt Richard Woldt, für die nächste Zukunft den heimkehrenden Kriegsbeschädigten im Wirtschaftsleben so unterzubringen, daß man den Ansprüchen wirtschaftlich und sozial, der heimkehrenden Feldgrauen gerecht werden kann und der Allgemeinheit ein Mindestmaß von Lasten aufgebürdet wird. Denn es ist klar, daß nach dem Kriege keine ausschließliche Rentenernennung gegeben werden kann, weil dazu die Mittel wieder nicht aufgebracht werden, sondern vor allen Dingen ist Arbeit und gesicherter Verdienst sowie Gelegenheit zur möglichst ergiebigen Auswertung der Arbeitskraft des kriegsverletzten Heimkehrenden zu schaffen.

Das zunächst: Wer ist eigentlich ein Kriegsbeschädigter? Die allgemeine Auffassung geht dahin, als Kriegsbeschädigter einen Mann anzusehen, dem eine oder mehrere Glieder amputiert worden sind, dem ein sonst mehr oder weniger schweres Leiden mit nach Hause bringen wird, und dadurch in seiner Arbeitsfähigkeit eingeschränkt worden ist. Dieser Begriff ist zu eng gefaßt. Im weitesten Sinne des Wortes sind Kriegsbeschädigte nicht nur Menschen mit sichtbaren Leiden und Gebrechen, sondern auch solche Männer, deren gesundheitliche Schädigungen nach den Strapazen des Krieges heute noch nicht klar erkennbar sind, die sich aber später im Laufe der Zeit zeigen werden. Und in diesem Sinne wird so ziemlich jeder Kriegsteilnehmer mit geschwächter Leistungsfähigkeit heimkehren.

Diese Nachwirkungen des Krieges als Verluste an Menschkraft werden sich noch lange Zeit nach Friedensschluß, wenn der erste große Umschaltungsprozess zur Friedenswirtschaft schon längst vollendet ist, bemerkbar machen. Das alles wird noch jahrelang extensiv bleiben, und heute können wir nur in großen Umrisen ahnen, wie gewaltig in der Kriegsbilanz dieses Verlustkonto an Menschkraft sein muß.

Und dann ist noch eine andere Tatsache zu berücksichtigen. Zwei entgegengesetzte Entwicklungstendenzen sind unausweichlich. Der Krieg hat nicht zuletzt uns in Deutschland in unserer Wirtschaft geschwächt, trotzdem müssen wir als Wirtschaftsvolk nach dem Kriege wieder hinein in einen gesteigerten Weltkampf auf dem Wirtschaftsmarkt. Der Krieg wird nicht zu Ende sein, wenn einmal die Kanonen verstummen, sondern findet wirtschaftlich seine Fortsetzung. Die alten Rivalen, besonders England und Amerika, die auf der Höhe der kapitalistischen Entwicklung stehen, werden versuchen, Deutschland im Weltmarkt und Welthandel die früheren Positionen abzurufen. Alle Kräfte sind dann auch bei uns wieder anzuspannen. Das Erwerbsleben für jeden Wirtschaftszweig wird gesteigerte Ansprüche an die Menschen stellen. Der Krieg hat hier den kapitalistischen Rhythmus beschleunigt.

Wie wird die Vorbereitung der Wirtschaft für die zukünftige Friedenswirtschaft sein? Wir sind berechtigt, unsere Hoffnungen nicht allzu hoch zu spannen. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß der militärische Mobilisierungsplan ziemlich gut funktioniert hat, daß die wirtschaftliche Mobilisierung dagegen uns nur mit Mühe und Not vor den schlimmsten Krisen bewahrt hat. Nun aber, wo die Zurückführung der Menschen in das Wirtschaftsleben eine ungeheuer komplizierte und riesenhafte Organisationsaufgabe ist, können wir um so weniger optimistisch sein.

Freilich hat man sich in Regierungskreisen darüber wenigstens Gedanken gemacht. Gelegentlich sind ja Andeutungen in die Öffentlichkeit geleitet worden. So haben wir entnommen, daß nicht eines Tages alle Männer aus der Kriegsmaschinerie wahllos wieder entlassen werden sollen. Dadurch würden Störungen im Wirtschaftsleben entstehen. Eine sofortige Spannung zwischen Angebot und Nachfrage müßte die Folge sein. Deshalb soll mit der Betriebsführung der einzelnen Wirtschaftszweige auch in gleicher organischer Ausdehnung das Zurückführen der beruflich zunächst wichtigsten Arbeitsgruppen erfolgen. Die Kommando-gewalt der Militärbehörden wird also noch einige Zeit in Funktion bleiben. Uns bleibt zunächst nur die Hoffnung, daß ein weitestgehender Organisationsgeist das Getriebe unserer Wirtschaft mit dem geringsten Aufwand innerer Reibungen wieder in Bewegung setzt.

Aber das wäre zunächst nur die Unterbringung jener Arbeitskräfte, die wir noch als beruflich leistungsfähig bezeichnen können. Wie steht es mit denen, die nicht mehr im Vollbesitz ihrer Kräfte sind, die als Kriegsbeschädigte unterzubringen sind?

Der Aufgabenkreis der Kriegsbeschädigtenfürsorge gliedert sich in Heilung, Berufsberatung und Berufsunterbringung. Werden aus dem Schlachtfeld die verwundeten Krieger herausgeschleppt, so kommen sie zunächst in das Lazarett. Der Arzt nimmt sie in Behandlung. Er sucht sie gesund zu machen. Ist eine Amputation notwendig gewesen, dann greift der Techniker ein. Prothesen werden angepaßt. Es soll nicht abgeleugnet werden, daß mit viel Hingabe und mancherlei Erfolgen auf diesem Gebiet gearbeitet worden ist, wenn man sich auch vor jeder Allgemeinurteilung hüten soll, die mit den ersten Erfolgen der Paradebeispiele zu vergleichen war.

Nachdem die Heilung und Kräftigung des Kriegsbeschädigten vorgenommen wurde, erfolgt die Berufsberatung. Diejenigen Männer, deren Verletzung eine neue Tätigkeit in ihrem bisherigen Beruf nicht mehr zuläßt, werden für einen anderen Beruf ausgebildet und dann später irgendwo untergebracht. Die Sorge um die Unterbringung fällt in das Gebiet der Erwerbsfürsorge.

Und gerade hier ist es notwendig, daß wir uns in der Arbeiterbewegung mit den Methoden beschäftigen, nach denen hier gearbeitet wird. Eigentlich sind dafür noch keine einheitlichen Gesichtspunkte aufgestellt. Bei allem Eifer, mit dem man sich auf diesem Gebiet befaßt, geht es ziemlich unmethodisch zu. Es sei nur darauf aufmerksam gemacht, daß nach einer Aufstellung, die S. Kraus in einer Abhandlung „Kriegsbeschädigtenfürsorge“ (Verlag Teubner; aus Natur und Geisteswelt) macht, nicht weniger als 36 Organisationen bestehen, die sich auf die einzelnen Provinzen verteilen und in Verbindung mit Ausschüssen, behördlichen Organen unter Mitarbeit von Vertretern der Generalkommandos eingerichtet worden sind. Aus der bisherigen Art dieser Zusammenfassung läßt sich heute sicher ersehen, daß noch kein einheitlicher Plan vorliegen kann. Es ist noch ein Nebeneinander, wogegen ein einheitlich organisiertes Vorgehen von den verschiedenen Einrichtungen und Organisationsbindungen zu konstatieren.

Vor allen Dingen wird noch viel auf die „freiwillige Mitarbeit“ der Unternehmer gerichtet. In Wirklichkeit ist es eine Illusion, daß

